

Die ganze Kolonie, Marsch!

Der Begriff der „Entwicklungshilfe“ ist umstritten und wirft Fragen auf. Definiert er Geschichte als eine Art Stufenleiter, auf der alle früher oder später denselben Weg einschlagen? Und wer möchte eigentlich wem helfen, sich wohin zu entwickeln? Ein Annäherungsversuch von Andrés Schmidt

Donnerstagmittag. Ein Café im Münchner Stadtteil Haidhausen. Zwischen Latte Macchiato und Bircher Müsli diskutiert ein mittldreißiger Pärchen über Entwicklungshilfe. Er: „Die Projekte und Organisationen haben oft gute Ansätze, aber was dann in der Realität rauskommt, ist selten das, was man erreichen wollte. Gute Entwicklungshilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe.“ Sie: „Ich bewundere schon die Leute, die alleine ganz weit rausgehen, zum Beispiel der Krankenpfleger aus Großhadern, der neulich in der Süddeutschen Zeitung porträtiert wurde.“ Ein Herr an der Theke meint dazu: „Die staatliche Entwicklungshilfe ist viel zu niedrig. Kein Land erreicht die 0,7% des Bruttoinlandsprodukts, zu denen sich die OECD-Länder verpflichtet haben.“

Kritisch sind die Leute hier. Aber müsste ihre Kritik nicht eigentlich viel früher ansetzen?

Wichtiger als die Wirklichkeit ist deren Deutung

„Entwicklung“ als Gedanke ist weder harmlos noch unbedeutend. Viel wirksamer als die Praxis der Entwicklungshilfe ist der *Entwicklungsgedanke*. Gemessen am Welthandel ist das Finanzvolumen der weltweiten Entwicklungspolitik sehr klein. Enorm ist aber die Bedeutung des *Entwicklungsdiskurses* für die Deutung des Phänomens von Armut und Reichtum in der Welt: Die reichen, sprich „entwickelten“ Länder seien guten Willens, die Armen beim Erreichen ihrer Entwicklungsziele zu unterstützen. Diese Deutung verschleiert das (neo-)koloniale Ausbeutungsverhältnis, das dem Welthandel zugrunde liegt. Hier fließen enorme Geldwerte von Süd nach Nord, die in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch kaum auftauchen. Wer interessiert sich schon für die Bestimmungen eines Freihandelsabkommens?

Der globale Norden ist vom Süden abhängig. Er braucht billige Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und Absatzmärkte für seine Produkte – und nutzt dabei sein enormes Machtpotential, um dies zu realisieren. Was im Kolonialismus als Völkermord und Plünderung begann, setzt sich heute in Freihandelsabkommen, im Internationalen Währungsfonds und in der Welthandelsorganisation fort: Der Reichtum der Welt verschiebt sich in die Länder des Nordens. Wahrhaben will das aber niemand; auch die Haidhausener Nutznießer und Nutznießerinnen dieses fortgesetzten weltweiten Unrechts argumentieren nicht gerne mit dem Recht des Stärkeren zur Legitimierung ihres Wohlstands. Es lebt sich eben leichter mit dem Selbstverständnis, den Armen ja nur helfen zu wollen.

Aus Kolonien wurden „Entwicklungsländer“

Wo fing das alles an? Vor der Geburtsstunde des Entwicklungsversprechens war die Weltordnung so brutal wie einfach: In der Ideologie des Kolonialismus wurde die privilegierte Stellung des Nordens rassistisch gerechtfertigt. Die Welt wurde in „weiß“ und „nicht weiß“, „zivilisiert“ und „nicht zivilisiert“ eingeteilt und daraus der Führungsanspruch der Kolonialmächte bei der Aufgabe der weltweiten „Zivilisierung“ abgeleitet. Spätestens nach dem Sieg über den Faschismus war diese Ideologie nicht länger haltbar. Die UNO-Menschenrechtscharta legte das Recht jedes Einzelnen auf Glück und ein Leben in Würde fest. 1949 gab US-Präsident Harry Truman in seiner Vereidigungsrede allen Ländern, in denen Armut herrschte, das Versprechen, man werde ihnen bei ihrer „Entwicklung“ helfen: „More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. [...] Their economic life ist primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and

threat both to them and to the more prosperous areas. [...] I believe that we should make available to peace-loving peoples the benefits of our sum of technical knowledge in order to help them realize their aspirations for a better life.“ Bei richtigem Verhalten könnten alle Menschen den Lebensstandard der Vereinigten Staaten erreichen. Er teilte damit die Welt in „entwickelte“ und „unterentwickelte“ Länder ein. Die Grenze entsprach derjenigen zwischen (ehemaligen) Kolonialmächten und (ehemaligen) Kolonien. Hintergrund von Trumans Versprechen war die einsetzende Konkurrenz zwischen den USA und der Sowjetunion um weltweite Einflussphären. Die USA wurden damit zum Anschauungsobjekt eines „entwickelten“ Landes. Armut wurde durch „Unterentwicklung“ erklärt – ein Mangel, der durch vom Norden empfohlene Rezepte behoben werden sollte.

In der Folge etablierte sich eine entwicklungspolitische Praxis mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen, deren theoretische und praktische Ansätze sich über die Jahrzehnte änderten: Der Modernisierungstheorie folgte die Dependenztheorie, in den 1980er Jahren kamen neoliberale Strukturanpassungsprogramme auf, in den 1990ern die Nachhaltigkeitsdebatte und die Forderung nach Good Governance; aus „Entwicklungshilfe“ wurde „Entwicklungszusammenarbeit“. Nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen brachten eine Vielzahl von projektbezogenen Ansätzen hervor, die versuchten, auf eigenen Erfahrungen aufzubauen. Partizipation, Ownership und Nachhaltigkeit sind Begriffe, die seither in keinem Projektantrag fehlen dürfen.

Als deutlich wurde, dass das ursprüngliche Entwicklungsversprechen, alle Menschen könnten den Lebensstandard der USA erreichen, allein aufgrund der ökologischen Belastung des Planeten nicht einzuhalten war, wurde das Versprechen neu und wesentlich bescheidener aufgelegt. Die Millennium Development Goals aus dem Jahr 2000 sehen Anstrengungen vor, bis 2015 verschiedene graduelle Verbesserungen in der Basis-Versorgung der Länder des Südens zu erreichen. Es wird die Notwendigkeit einer Armutsbekämpfung durch staatliches Handeln formuliert, nachdem die neoliberalen Rezepte der 1980er und 90er Jahre zu weiterer Verschärfung der Armut im globalen Süden geführt hatten.

Mit zunehmender Konkurrenz um die knapper werdenden Rohstoffe zeigen sich die Anforderungen an Entwicklungspolitik offener als eigennützig. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit wird heute von einem Ex-Militär geleitet, der die

Entwicklungszusammenarbeit vor seinem Amtsantritt für überflüssig hielt. Priorisiert werden nicht mehr die Länder, die es scheinbar am nötigsten haben, sondern jene, wo etwas zu holen ist. Die Hilfe soll sich strategisch, unter anderem an der sogenannten Rohstoffstrategie der Bundesregierung, ausrichten. Bereits unter Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul wurde der Anspruch der Entwicklungspolitik formuliert, „globale Strukturpolitik“ zu leisten, also weltweit Strukturen aufzubauen, die den Interessen des kapitalistischen Zentrums Deutschland/Europa förderlich sind. Ein weiterer neuer Bereich der Entwicklungspolitik ist die zivil-militärische Kooperation (CIMIC). Hier werden, zum Beispiel beim Bundeswehreininsatz in Afghanistan, die Leistungen von Entwicklungsorganisationen direkt den militärischen Zielen der eingreifenden Mächte untergeordnet.

Von einem Entwicklungsversprechen kann bei solchen Maßnahmen kaum noch die Rede sein, aber von 1949 bis heute hängt das Ziel der „Entwicklung“ als ein „pie in the sky“ (Wolfgang Sachs) über den Ländern des Südens.

„Die Ursache von Armut ist Unterentwicklung“ – vom herrschaftssichernden Diskurs zur paternalistischen Praxis

Freitagnachmittag. Am Rosenheimer Platz befindet sich die Wirtschaftsprüfungsfirma Deloitte. Mal sehen, ob man hier schon „moderner“ denkt, den Ballast des Gutmenschlichen, der Barmherzigkeit abgelegt hat. Um es gleich vorweg zu nehmen, nein. Es fallen Begriffe wie „Investition“ und immer wieder „Hilfe zur Selbsthilfe“, alle Befragten bekennen sich „selbstverständlich“ zur Entwicklungshilfe. Scheinbar ist das ein Bestandteil des Grundkonsenses unserer Gesellschaft, wie für die Demokratie zu sein oder gegen Rassismus; auch die, die nicht so denken, würden das wohl nicht öffentlich zugeben.

Das Bekenntnis zur Entwicklungshilfe ist viel mehr als ein Bekenntnis zur Nächstenliebe. Es ist ein Bekenntnis zur Einteilung der Welt in richtig und falsch, vollständig und defizitär. In der Praxis der Entwicklungsexperten gilt: Die Ursache von Armut ist „Unterentwicklung“. Der Sozialwissenschaftler Aram Ziai erklärt dazu: „Wissen von der ‘Entwicklung’ ist Wissen von der Falschheit anderer Lebensweisen und ihrer notwendigen Veränderung, also diagnostisches und therapeutisches Wissen.“ Dieses Wissen wird dort hervorgebracht, wo der Entwicklungsdiskurs erfunden wurde: im Norden. Dem Süden wird empfohlen, ein guter Schüler zu sein. „Dass es im Norden Probleme gibt, für die im Süden problemlösendes Wissen

Andrés Schmidt
ist Mitarbeiter im
Ökumenischen Büro
München und
bereist regelmäßig
Zentralamerika und
Mexiko

vorhanden ist, ist eine Aussage, für die im Entwicklungsdiskurs kein Raum bleibt“, so Ziai.

Dass dieses im Kern eurozentristische Projekt nicht eben nach Gleichberechtigung aussieht, ist auch den Protagonisten und Protagonistinnen der Entwicklungspolitik nicht entgangen: „Der Begriffswandel von Entwicklungshilfe hin zur Entwicklungszusammenarbeit [in den 1990er Jahren, A.S.] illustriert den nunmehr herrschenden Anspruch einer partnerschaftlichen Gleichberechtigung von Geber- und Empfängerländern, im Gegensatz zu der besonders in den Anfangsjahren dominierenden Rolle des Fachwissens und des Reichtums der Geberländer“, so das Online-Lexikon Wikipedia. Die Botschaft lautet nun: „Werde so wie wir (dich haben wollen), aber über-nimm dabei selbst die Subjekt-Rolle.“

Wie wird das im Süden aufgenommen? Der Fakt, dass mit der Rede von Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich materielle Transferleistungen einhergehen, macht die Beteiligung am Entwicklungsdiskurs sehr attraktiv, speziell für arbeitssuchende Akademikerinnen und Akademiker und andere Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Wenn es bezahlt wird, bemüht man sich, ein guter Schüler zu sein. Das findet nicht ohne Widerspruch statt. Nicht überall und zu jeder Zeit war der Entwicklungsdiskurs gesellschaftlicher Konsens in den Ländern des Südens. Weltweit hatte wohl jede ehemalige Kolonie eine Phase emanzipatorischen Aufbruchs, in der linke Befreiungsbewegungen begannen, zunächst einmal die Machtfrage zu stellen und den Einfluss nationaler Oligarchien und ehemaliger Kolonialmächte zurück-zudrängen. Vielfach wurde dies mit Militärputschen, Diktaturen und gewalttätiger Repression beantwortet. In Lateinamerika waren zwölf ehemalige Diktatoren Absolventen der berühmten US-Militärschule School of Americas. Im Süden ist die Macht des Nordens all-gegenwärtig und spürbar. Oft ist es weniger gefährlich, dem Entwicklungsdiskurs Glauben zu schenken.

Gerechtigkeit versus Entwicklungshilfe

Freitagabend. Die Volkküche auf dem Wagenplatz Stattpark Olga in Giesing. Eine Frau am Nachbartisch erzählt: „Früher dachte ich, dass die Leute im Süden arm sind, weil kaum einer bei uns Lust hat, denen zu helfen. Als ich in Mittelamerika war, habe ich gemerkt, dass wir eine Menge dafür tun, damit es denen schlechter geht.“

Mit einem gerechten Weltwirtschaftssystem würde Entwicklungshilfe überflüssig. Die Gesellschaften würden sich entsprechend ihren eigenen Vorstellungen verändern oder bleiben, wie sie sind, und wenn nötig Kompetenzen von anderen Gesellschaften einkaufen oder eintauschen. Ein Beispiel hierfür ist das ALBA-Bündnis einiger lateinamerikanischer Länder. Der Vertrag zwischen Cuba, Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua trägt der unterschiedlichen Wirtschaftskraft der beteiligten Länder Rechnung und legt einen Austausch unter anderem in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und einiger Handelsprodukte fest. Dabei spottet der Präsident Nicaraguas, Daniel Ortega, zwar über Entwicklungshilfe als eine Form kolonialer Einmischung, fordert aber trotzdem die Fortsetzung der Zahlungen: „Sie sind kein Geschenk, sondern eine Wiedergutmachung für die historische Schuld, die Europa bei unserem Kontinent hat.“ Dem widerspricht der mexikanische Intellektuelle Gustavo Esteva und fordert im Gegenzug die Einstellung jeder Entwicklungshilfe: „Sie entmündigt, nimmt Eigeninitiative, zerstört unsere Würde, unsere Kultur, unsere Praktiken. [...] Aufgrund der Haltung der Zapatisten, die ich teile, ist unsere Haltung gegenüber technischer oder finanzieller Hilfe ein klares Nein Danke! Wir wollen sie nicht und im allgemeinen schadet sie uns. Politische Allianz, ja! Wir brauchen sie dringend, und sie ist unverzichtbar. Aber selbst diese Solidarität oder Allianz ist für uns an eine sehr wichtige Bedingung geknüpft: Es muss Klarheit darüber herrschen, dass unser Kampf auch der eure ist.“

Einige langjährig tätige Entwicklungsorganisationen haben inzwischen aus ihren Fehlern gelernt und bemühen sich um eine Entwicklungszusammenarbeit, bei der die politischen Rahmenbedingungen einbezogen werden, bei der die Impulse von den Betroffenen kommen und die nicht zu Passivität führt. So kommt es vor, dass gut angepasste Projekte die Lebensqualität der Adressatinnen und Adressaten tatsächlich langfristig steigern.

Der entscheidende Effekt aber bleibt: Die Ausführenden, und noch mehr die Schilder mit Projektbeschreibungen, die in den Ländern des Südens allgegenwärtig sind, tragen die Botschaft: Der reiche und kluge Norden ist besten Willens, dem armen Süden zu helfen. Wer wollte diesen freundlichen Helfern und Helferinnen die Unterschrift unter ein Freihandelsabkommen verweigern?<